

Betreff: [Attac-d] Erbschaftssteuer- Reform?
Absender: "Alfred Mente" <alfredmente@hotmail.com>
Empfänger: "attac-d@listen.attac.de" <attac-d@listen.attac.de>
Datum: 08. Nov 2008 09:16

Guten Tag liebe MitleserInnen,
Und es giebt sie noch Journalisten, die ihren Job machen.
Aus der Berliner Zeitung 8/9.Nov. S.4 Meinung
mfg
ali

Eine Ente, keine Reform

Christian Bommarius

Der Tod, der große Gleichmacher, ist auch der größte Ungleichmacher.
Er ist, genauer betrachtet, die Negation der Glaubenslehre der
Leistungsgesellschaft:
"Ohne Fleiß kein Preis."

Die Überzeugung, gesellschaftlicher Reichtum solle sich nicht auf Grund von
Standesprivilegien, sondern nach individueller Leistung verteilen, ist zwar
bis heute ungebrochen. Doch scheint sich andererseits niemand daran zu
stören,
dass ausgerechnet derjenige den größten Gewinn erwarten darf, der in aller
Regel
nicht einen Handschlag dazu beigetragen hat - der Erbe. Mit ihm verglichen ist
der Zocker in der Spielbank eine solide Figur, denn immerhin setzt der sein
eigenes
Vermögen ein, ehe er unter Umständen und mit seltenem Glück das der Bank
oder seiner Mitspieler erwirbt.

Der Erbe hingegen streicht den Lebensertrag des Erblassers ein, mühelos,
von der Gesellschaft respektiert und vom Fiskus mit Nachsicht behandelt.
Jährlich werden in Deutschland Vermögen im Wert von 200 Milliarden vererbt,
der Staat begnügt sich mit vier Milliarden Erbschaftsteuern. Hier zeigt sich
der Begriff der "Steuer" in seiner ursprünglichen Bedeutung. Seit Jahrzehnten
steuert der Staat mit der Erbschaftssteuer die Gesellschaft in eine immer tiefere

Zerklüftung von arm und reich.

Die in dieser Woche verbreitete Meldung, Union und SPD hätten sich auf
eine Reform der Erbschaftsteuer verständigt, ist eine Ente.
Die Regelung, auf die sich die Regierungsparteien unter dem Beifall
der Wirtschaftsverbände geeinigt haben, wird als Bestandsschutz für
mittelständische Betriebe und "der Oma ihr klein Häuschen" gepriesen,
aber sie ist nur die Perpetuierung des Auseinanderdriftens der Gesellschaft.

Wenn überlebende Ehepartner Haus oder Wohnung in jeglicher Größe - Kinder bis 200 Quadratmeter - und unabhängig vom Wert steuerfrei erben, dann hilft das nicht dem "kleinen Mann", der um sein Dach über dem Kopf als Witwer barmt, vielmehr privilegiert der staatliche Steuerverzicht die Privilegierten: Wer hat, dem wird gegeben. 70 Prozent der Deutschen haben nichts, kein Haus, keine Aktien, keine nennenswerten Guthaben; 70 Prozent der Deutschen haben weder etwas zu vererben noch eine Erbschaft zu erwarten.

Die sogenannte Reform der Erbschaftsteuer ist eine Reform zum Schutz vor der Erbschaftsteuer für ein Drittel der Gesellschaft.

Eigentum und Erbrecht sind verfassungsrechtlich garantiert. Die Ungleichheiten, die durch die Marktwirtschaft entstehen, liegen in der Natur der Sache. Doch ist der Staat verpflichtet, Ungleichheiten in bestimmtem Maße auszugleichen, weil anderenfalls die Freiheit, die er in den Grundrechten verheißt, zum Etikettenschwindel wird -

die Garantie der Meinungsfreiheit ist für den ohne Wert, dem die Armut die Sprache verschlägt. Das haben auch die Väter und Mütter des Grundgesetzes

erkannt und darum lapidar hineingeschrieben: "Eigentum verpflichtet." (Art. 14 Abs. 2 GG)

Diese Formulierung haben sie durch die Bestimmung ergänzt: "Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Noch deutlicher ist die Bayerische Verfassung von 1946, die explizit verlangt: "Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen

in den Händen einzelner zu verhindern." (Art. 123 Abs. 3) Aber nichts ist in Deutschland

in den vergangenen Jahrzehnten hartnäckiger verteidigt und vom Staat effektiver gefördert

worden als eben die Ansammlung von Riesenvermögen mittels Verzicht auf die Erbschaftsteuer.

Das ist ein Verstoß gegen den Wortlaut und den Geist der Verfassung.

Die Forderung höherer Erbschaftsteuern lässt sich nicht nur mit dem nicht legitimierten,

weil durch keine Leistung erworbenen Anspruch der Erben begründen, sondern ebenso

durch den sehr wohl legitimierten Anspruch der Gesellschaft gegen den Erblasser,

zumindest einen Teil des mit ihrer Hilfe ermöglichten Reichtums zurückzuerhalten.

Er wird benötigt, um Benachteiligte in die Lage zu versetzen, ihre Benachteiligung

zu überwinden - durch Bildung, die einerseits kostet, durch Bildung, die andererseits

unbezahlbar ist, weil sie jedem Einzelnen die Teilhabe an der Demokratie

ermöglicht.

Denn Demokratie ist nichts anderes als eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet.

Deutschland würde nicht sozialistisch, wenn es sich der Gemeinwohlverantwortung des Vermögens etwas intensiver erinnerte. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Jahr 2002 ergab: Fasst man Grundsteuern, Erbschaft- und Schenkungssteuer, Grunderwerbssteuer und Vermögensteuer zusammen, ergab sich für das Jahr 1999, dass Großbritannien mit einem Anteil von 3,9 Prozent am Bruttoinlandsprodukt vorne lag, gefolgt von den USA mit 3,4 Prozent, Frankreich mit 3,2 Prozent und Japan mit 2,9 Prozent. Die damals 15 Staaten der Europäischen Union brachten es auf einen Durchschnitt von 2 Prozent. Ganz hinten lag die Bundesrepublik mit 0,9 Prozent. Kein anderes Land lässt sich seine Erben so viel kosten wie Deutschland.

.

Rundum-Schutz für den PC - Windows Live OneCare: 90 Tage kostenlos!

* Dies ist eine Email der offenen bundesweiten unmoderierten Attac-Diskussionsliste. Sie gibt ausschließlich die Meinung der AutorIn wieder.

Attac-D: die unmoderierte Attac-Diskussionsliste

Die hier vorgetragenen Meinungen stammen oft (aber nicht immer!) von Personen, die sich Attac verbunden fühlen. Kein Beitrag hier ist als offizielle Stellungnahme von Attac zu werten -- selbst, wenn er unwidersprochen bleibt (Don't feed the trolls!). Mehr dazu: <http://www.attac-netzwerk.de/kommunikation/maillinglisten/listennetiquette/>

Die Mailingliste (ab-)bestellen u.v.a. kann man hier: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/attac-d>